



ASIEN/JORDANIEN - Spannungen zwischen Jordanien und Israel: Erzbischof Lahham bittet um Ende der Provokationen und wünscht „Gesten der Versöhnung“

Amman (Fides) – Die Mehrheit der jordanischen Abgeordneten stimmte einer Ausweisung des israelischen Botschafters und dem Rückruf des jordanischen Botschafters aus Israel zu. Mit der Abstimmung am Mittwoch, den 26. Februar, reagierten die jordanischen Politiker auf eine jüngste Debatte des israelischen Parlaments, wo die Likud-Partei einen Gesetzentwurf vorlegte, der die Schutzbefugnis Jordaniens für die muslimischen Heiligen Stätten in Jerusalem abschaffen soll. Diese wurde durch ein Friedensabkommen zwischen Israel und Jordanien 1994 garantiert worden.

Der Vorschlag einer Streichung der jordanischen Befugnisse im Zusammenhang mit den muslimischen Heiligen Stätten in Jerusalem, wurde von Moshe Feiglin, eingebracht, dessen Flügel der Likud auch die so genannte “Zwei-Staaten-Lösung” ablehnt und die israelische Souveränität über Heiligen Stätten fordert und den Anschluss der Westbank und des Gazastreifens an Israel verlangt

“Die Abstimmung der jordanischen Parlamentarier”, so Erzbischof Maroun Lahham, Jordanienbeauftragter des lateinischen Patriarchats Jerusalem, “überrascht mich nicht. Obschon die beiden Länder ein Friedensabkommen unterzeichnet haben, waren dies stets nur Vereinbarungen zwischen politischen Führungskräften und nicht zwischen den beiden Völkern. Die Abstimmung im Parlament ist eine demonstrative Geste, mit der Israel gezeigt werden soll, dass es eine rote Linie gibt, die nicht überschritten werden sollte“. Im Übrigen, so Erzbischof Lahham weiter, “führt der in der Knesset eingebrachte Entwurf nur zu einer Zunahme der Spannungen zwischen Israel und den umliegenden muslimischen Ländern. Wie dies auch bei den provokatorischen Demonstrationen israelischer Extremisten auf dem Vorplatz der Moschee geschieht, die von der Armee geschützt werden. Die Israelis wissen um die Empfindlichkeiten von Muslimen und Christen, wenn es um die Heiligen Stätten geht. Angesichts des derzeitigen Friedensprozesses, erschließt sich mir der Sinn solcher Provokation nicht. Es sollte vielmehr Gesten der wahren Versöhnung geben“. (GV) (Fides 27/2/2014).